



TÄTIGKEITSBERICHT 18

Aktivitäten von SOS Mitmensch im Jahr 2018. Zur Vorlage bei der ordentlichen Generalversammlung am 25. Juni 2019.

Erstellt am 24. Juni 2019.

INHALT

Fazit	3
Einleitung	6
Über SOS Mitmensch	6
Wie wir arbeiten	6
Kontrolle, Intervention und Innovation	7
Vernetzung und Unterstützung	12
Ehe Ohne Grenzen	12
Zukunftsbudget	12
Mitgliedschaften	12
Information und Hilfe	13
MO – Magazin für Menschenrechte	13
Informationsveranstaltung	13
Hilfe	13
Organisatorisches	14
Personelles	14
Chronologie	15

FAZIT

Auch 2018 hat SOS Mitmensch wieder eine Reihe wichtiger Aktivitäten in den Bereichen Menschenrechte, Antirassismus, Demokratie, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und Einsatz für die Rechte geflüchteter Menschen gesetzt. Im Folgenden ein Fazit zu einigen der Aktivitäten von SOS Mitmensch im Jahr 2018. Eine genauere Beschreibung findet sich unter dem Punkt „Kampagnen und Aktivitäten 2018“ (ab S. 7). Eine detaillierte Chronologie der Aktivitäten von SOS Mitmensch findet sich unter dem Punkt „Chronologie“ (ab S. 15).

Im Jänner 2018, kurz nach der Angelobung der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung, verfasste SOS Mitmensch einen Aufruf an alle MitarbeiterInnen in den FPÖ-geführten Ministerien. SOS Mitmensch rief zu besonderer Wachsamkeit angesichts einer mit Rechtsextremisten durchsetzten Bundesregierung auf.

Ebenfalls im Jänner 2018 feierte SOS Mitmensch das 25-Jahr-Jubiläum der Gründung der Organisation und der Veranstaltung des Lichtermeers. Aus diesem Anlass fand im ausverkauften Wiener Burgtheater eine große Matinee statt. Höhepunkt der Matinee war die Verleihung des Ute-Bock-Preises für Zivilcourage an zwei Holocaust-Überlebende. Helga Feldner-Busztin und Rudolf Gelbard wurden für ihren unermüdlichen Einsatz für die Aufklärung über die Nazizeit ausgezeichnet. Die Laudatio hielt der Autor Doron Rabinovici. Der mit 7.000 Euro dotierte Preis wurde vom Vorsitzenden von SOS Mitmensch, Max Koch, überreicht.

Bereits zuvor hatte SOS Mitmensch eine Borschüre mit 50 Meilensteinen und Erfolgen, die gemeinsam mit weiteren AkteurInnen der Zivilgesellschaft seit dem Lichtermeer am 23. Jänner 1993 errungen werden konnten, präsentiert. Die zahlreichen Erfolge zeigen wie wichtig der Einsatz und die Impulse einer starken, lebendigen und couragierten Menschenrechts-Zivilgesellschaft für Österreich sind.

Anfang Februar wurde Ute Bock mit einem großen Lichtermeer am Heldenplatz verabschiedet. Die große Helferin war nach langer Krankheit verstorben. Ute Bock war eine der großen Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte in Österreich. Sie hat dort geholfen, wo andere und insbesondere der Staat nicht mehr helfen wollten. Mit ihrem unermüdlichen und unerschütterlichen Einsatz für Menschen in Not war sie ein wichtiges Vorbild. Sie hat gemeinsam mit ihrem Team vielen schutzbedürftigen Menschen einen Schlafplatz, eine Adresse und vor allem Hoffnung gegeben. Das Vermächtnis von Ute Bock lebt weiter. Sie hatte Zeit ihres Wirkens als Helferin für Menschen in Not ein enges Verhältnis zu SOS Mitmensch.

Im Februar 2018 sprach sich SOS Mitmensch gegen die Ernennung eines schlagenden Corps, der als Festredner beim rechtsextrem durchsetzten und immer wieder auch von Neonazis besuchten „Akademikerball“ aufgetreten war, zum Verfassungsrichter aus. Mehr als 13.000 Menschen unterzeichneten einen Protest-Appell von SOS Mitmensch. Der Appell verhallte jedoch ungehört.

Ebenfalls im Februar veröffentlichte SOS Mitmensch eine Studie über die systematische Unterstützung von Antisemitismus durch die FPÖ. Hohe Geldbeträge von vermutlich mehreren hunderttausend Euro seien in den vergangenen zehn Jahren von Seiten der FPÖ in Richtung Förderung der publizistischen Verbreitung von Antisemitismus und Rassismus geflossen, so die Ergebnisse des detaillierten Berichtes von SOS Mitmensch, der gemeinsam mit ExpertInnen vorgestellt wurde.

2018 setzte SOS Mitmensch seine Bewusstseinskampagne über das mit Neonazis und Holocaustleugner sympathisierende FPÖ-nahe Magazin „Aula“ fort. Mit Erfolg. Nach einem erneuten Rassismus-Eklat, auf den SOS Mitmensch aufmerksam machte, wurde die „Aula“ im Juni 2018 eingestellt. Der Geschäftsführer und Schriftleiter der „Aula“ wechselte als Kolumnist zum „Identitären“- und FPÖ-nahen Magazin „Info direkt“.

SOS Mitmensch brachte eine kritische Stellungnahme zur schulischen Separierung von Kindern, die nicht gut Deutsch sprechen, ein. Die Regierung hatte einen dementsprechenden Gesetzentwurf verfasst, der zudem die massive Kürzung der integrativen Deutschförderung vorsah. SOS Mitmensch betonte, dass das Separierungsgesetz die Gefahr berge, dass ein Teil der Kinder noch stärker als bisher an den Rand gedrängt werde. Maßnahmen, um Separierung vorzubeugen, fehlten im Gesetzesentwurf vollkommen. Auch zahlreiche DirektorInnen, LehrerInnen, SprachexpertInnen, Bildungsinitiativen und Einrichtungen der Bundesländer übten Kritik am Separierungsgesetz. SOS Mitmensch veröffentlichte eine Übersicht über die wesentlichen Kritikpunkte.

SOS Mitmensch brachte gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen eine Stellungnahme zum Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 ein, da das Gesetz darauf hinwirke, Integration zu erschweren, Menschen zu entmündigen und zu kriminalisieren und Privatsphäre nicht zu respektieren.

Im Mai 2018 startete SOS Mitmensch eine Initiative gegen die von der Regierung geplante Kürzung der Mindestsicherung. Die angekündigten Kürzungsmaßnahmen richteten sich insbesondere gegen Familien mit Kindern und Menschen mit Fluchtgeschichte. SOS Mitmensch startete eine Petition, erstellte eine Video zur „150 Euro-Aussage“ der Sozialministerin, gewann prominente Stimmen für seine Kampagne und veröffentlichte detailliertes Informationsmaterial. Darüber hinaus hielt SOS Mitmensch Informationsveranstaltungen auf der Straße ab. Weiters widerlegte SOS Mitmensch falsche Zahlen, die von der Bundesregierung verbreitet wurden.

SOS Mitmensch gelang die Rettung des „Integrationspreises Sport“. Viel deutete darauf hin, dass das Integrationsministerium und der Österreichische Integrationsfonds das Integrations-Prestigeprojekt still und heimlich entsorgen wollten. Doch der Druck von SOS Mitmensch zeigte Wirkung, der Integrationspreis wurde erneut ausgeschrieben und vergeben.

SOS Mitmensch übte scharfe Kritik an der von der Bundesregierung eingeführten Blockade des Zugangs zur Lehre für junge Asylsuchende. Diese menschenfeindliche Zugangssperre torpediert die Chancen junger Menschen.

Erstmals konnten, dank der Kooperation von SOS Mitmensch und dem Frauen*Volksbegehren, auch Menschen ohne österreichischen Pass ein Volksbegehren unterstützen. Ihnen wurde eine symbolische Stimmabgabe ermöglicht. Die gesammelten Stimmen wurden ausgezählt und das Ergebnis bekannt gegeben. Mehr als 1.800 Personen aus mehr als 50 Passländern beteiligten sich an der Aktion.

SOS Mitmensch startete eine erfolgreiche Kampagne gegen die Nominierung von Hubert Keyl als Richter am Bundesverwaltungsgericht. SOS Mitmensch appellierte an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, die Ernennung von Keyl zum Richter abzulehnen. Richterposten seien hochsensibel und die kolportierte frühere Nähe von Keyl zu Personen der rechtsextremen und möglicherweise sogar

neonazistischen Szene sowie zu ewiggestrigem Gedankengut seien klare Ausschlussgründe. Keyl zog seine Bewerbung schließlich zurück und bekam von FPÖ-Verkehrsminister Hofer einen Posten in dessen Ministerium.

SOS Mitmensch präsentierte im Herbst 2018 eine Erhebung zum Wissens- und Bewusstseinsstand von Schülerinnen und Schülern über Mädchen- und Frauenrechte. Der Rückhalt für Frauenrechte und die Wissbegier der jungen Menschen sei enorm, zugleich gebe es aber erhebliche Wissenslücken, die geschlossen werden sollten, so die Ergebnisse der Studie. An der Erhebung nahmen 291 Schülerinnen und Schüler aus acht Schulen in acht Wiener Bezirken teil, darunter drei NMS und fünf AHS. SOS Mitmensch appellierte an die Politik und die Bildungsstellen, mehr Bewusstseinsarbeit zu leisten.

SOS Mitmensch brachte im November 2018 Anzeige gegen die FPÖ Wien und drei FPÖ-Politiker wegen des Verdachts der Verhetzung und der Wiederbetätigung ein. Anlass war eine Aussendung, in der die FPÖ den Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom Zugang zum Gemeindebau forderte. SOS Mitmensch übte scharfe Kritik an der Wiener FPÖ, die im Gedenkjahr 2018 den Ungeist des Jahres 1938 ein Stück weit wieder aufleben lassen wollte, als unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten Juden in Wien aus dem Gemeindebau ausgeschlossen wurden. Die Staatsanwaltschaft Wien beschloss jedoch, kein Ermittlungsverfahren gegen die FPÖ einzuleiten.

Im Dezember 2018 brachte SOS Mitmensch, nach Analyse der „Aula“-Ausgaben der vergangenen zehn Jahre, Anzeige gegen den Ex-„Aula“-Chefredakteur Martin Pfeiffer wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung ein. Der Staatsanwaltschaft Graz wurde eine Sachverhaltsdarstellung mit umfangreichem Belegmaterial übermittelt. Die Analyse von SOS Mitmensch zeigte, dass die „Aula“ systematisch darauf hingewirkt hat, Neonazis und wesentliche Teile der Naziideologie in Österreich wieder salonfähig zu machen. Das betreffe etwa das Propagieren von Antisemitismus und Herrenrassendenken, die Verteidigung von Holocaustleugnern und Neonazis, die Verehrung von Nazikämpfern, die Verunglimpfung von KZ-Überlebenden, die Übernahme von Nazivokabular und das massive Bewerben von antisemitischer und geschichtsrevisionsistischer Literatur. Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist noch ausständig.

EINLEITUNG

ÜBER SOS MITMENSCH

SOS Mitmensch ist eine Pressure Group, die sich lautstark und tatkräftig für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen.

Die Organisation wurde am 10. Dezember 1992 als Verein gegründet. Den Kern unserer Initiative bilden das Koordinationsbüro, ein Netzwerk von assoziierten Einzelpersonen sowie der Verein mit Vorstand. Wir finanzieren unsere Arbeit mit privaten Spenden und durch Sponsoring, viele unserer MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich.

Das Koordinationsbüro mit Sitz in Wien ist Drehscheibe der Aktivitäten von SOS Mitmensch. Der Vorstand ist das Steuerungs- und Kontrollgremium des Vereines und delegiert die Führung der Vereinsgeschäfte an die Geschäftsführung und das Koordinationsbüro. Die Generalversammlung besteht aus den ordentlichen Mitgliedern und tritt jährlich in der Vollversammlung zusammen. Die Ehrenmitglieder von SOS Mitmensch bilden das Kuratorium.

WIE WIR ARBEITEN

Kontrolle, Intervention und Innovation

SOS Mitmensch beobachtet die Menschenrechtssituation und interveniert bei Fehlentwicklungen. Daneben entwickeln wir auch eigene Vorschläge für Verbesserungen in menschenrechtlich relevanten Bereichen.

Vernetzung und Unterstützung

SOS Mitmensch unterstützt Menschen und Initiativen, die Wichtiges leisten. Wir beteiligen uns an regionalen und internationalen Netzwerken.

Information und Hilfe

SOS Mitmensch leistet konkrete Hilfe in Einzelfällen, wenn sich damit ein gesellschaftliches Defizit strukturell bearbeiten lässt. Wir organisieren Diskussionsveranstaltungen und Informationskampagnen.

Organisieren von Gegenmacht

SOS Mitmensch mischt sich ein. Wir beteiligen uns an der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, indem wir gemeinsam mit anderen auf die Notwendigkeit der Menschenrechte aufmerksam machen.

KONTROLLE, INTERVENTION UND INNOVATION

Die Hauptaufgabe von SOS Mitmensch ist es, menschenrechtliche Defizite zu identifizieren, diese aufzuzeigen, Lösungen anzubieten und Druck bezüglich deren Umsetzung zu entfalten.

KAMPAGNEN UND AKTIVITÄTEN 2018

Aktiv für soziale Gerechtigkeit

SOS Mitmensch startete 2018 erneut eine umfassende Initiative gegen die Bestrebungen der Bundesregierung, bei der Mindestsicherung zu kürzen und einzelne Gruppen sogar gänzlich vom Bezug der Sozialhilfe auszuschließen. In einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Regierung nannte SOS Mitmensch 17 Problempunkte der „Sozialhilfe neu“. SOS Mitmensch deckte auch falsche Zahlen der Bundesregierung auf. Darüber hinaus startete SOS Mitmensch eine Petition und eine E-Mail-Aktion gegen die Verschärfung von Armut in Österreich. Viele tausend Menschen beteiligten sich an den Protestaktionen von SOS Mitmensch, darunter auch prominente Persönlichkeiten. SOS Mitmensch leistete auch umfassend Informationsarbeit sowohl in sozialen Netzwerken als auch auf der Straße.

150-Euro Video

In einem von SOS Mitmensch gedrehten Video gaben Spitzenpolitiker zu, dass sie nur wenige Tage mit 150 Euro auskommen. Anlass des Videodrehs waren Aussagen von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, wonach man in Österreich mit monatlich 150 Euro auskommen könne, wenn man eine Wohnung hat.

Aktiv für Hilfsbereitschaft und gegen Vorurteile

Nach der Aufnahme von knapp 90.000 Asylsuchenden im Jahr 2015 und einem enormen Ausmaß an Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Österreich, hat SOS Mitmensch daran mitgewirkt, dass sich die Welle der Hilfsbereitschaft für geflüchtete Menschen auch im Jahr 2016 fortsetzte. Dazu wurde eine Kampagne zur ehrenamtlichen Hilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge gestartet und eine Info-Webseite erstellt, die Menschen, die privat helfen wollen, einen Überblick über die Möglichkeiten dazu bietet. Im Sommer 2016 startete SOS Mitmensch darüber hinaus die Kampagne „Warum ich helfe“. Wir veröffentlichten zahlreiche Porträts von Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren und die von ihren Erfahrungen berichten und zum Engagement ermutigen. Im Sommer 2017 wurde die „Warum ich helfe“-Kampagne fortgesetzt. Engagierte Menschen berichteten, warum sie helfen und was sie anderen Menschen raten, die ehrenamtlich aktiv werden wollen. Im Sommer 2018 setzte SOS Mitmensch die Kampagne fort und veröffentlichte Porträts von Menschen, die nach Österreich geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben fernab von Krieg und Verfolgung aufbauen. Immer mehr von ihnen schaffen es, in Österreich Fuß zu fassen. Viele haben inzwischen einen Job gefunden. Um ihnen eine Stimme und ein Gesicht zu geben, hat SOS Mitmensch Gespräche mit Geflüchteten geführt und diese Gespräche veröffentlicht.

Aktiv für eine umfassende Demokratie

Erstmals konnten 2018 in Österreich auch Menschen ohne österreichischen Pass ein Volksbegehren unterstützen. Das Team des Frauen*Volksbegehrens und SOS Mitmensch ermöglichten eine symbolische Stimmabgabe für alle, die das Volksbegehren unterstützen wollten, aber offiziell nicht stimmberechtigt

waren. Die so gesammelten Stimmen wurden ausgezählt und das Ergebnis bekannt gegeben. Mehr als 1.800 Personen aus mehr als 50 Passländern beteiligten sich an der Aktion.

Aktiv für eine menschenrechtskonforme und menschliche Asylpolitik

Als Teil des Netzwerkes „Agenda Asyl“ brachte SOS Mitmensch Stellungnahmen zu den Fremdenrechtsänderungsgesetzen im Jahr 2018 ein und kritisierte geplante Verschlechterungen und Verschärfungen im Asylbereich.

Aktiv gegen Hetze in Politik und Medien

SOS Mitmensch verurteilte die Lügen und Hetzkampagnen von Regierungsmitgliedern zur Indexierung der Familienbeihilfe. Die von der Regierung beschlossene Indexierung der Familienbeihilfe war von einer beispiellosen Lügen- und Hetzkampagne der FPÖ begleitet worden, mitgetragen auch von Vizkanzler Heinz-Christian Strache. SOS Mitmensch begrüßte die Einberufung eines Gipfels gegen Hass im Netz durch die Bundesregierung und übte jedoch zugleich scharfe Kritik am Hass, der in sozialen Netzwerken durch einzelne Regierungsmitglieder verbreitet und angestachelt wird.

Aktiv gegen Populismus

SOS Mitmensch übte Kritik an der Ablehnung des UN-Migrationspaktes durch die Bundesregierung. Der UN-Pakt für eine geregelte Migrationspolitik ist ein unverbindliches Papier, das die nationale Souveränität betont und Orientierungen für eine „sichere, geordnete und reguläre Migration“ enthält. Es ist unverständlich und unverantwortlich, dass die Bundesregierung den Pakt – auf Betreiben rechtsextremer Gruppierungen – boykottierte.

Aktiv für Mädchen- und Frauenrechte

SOS Mitmensch präsentierte im Herbst 2018 eine Erhebung zum Wissens- und Bewusstseinsstand von Schülerinnen und Schülern über Mädchen- und Frauenrechte. Der Rückhalt für Frauenrechte und die Wissbegier der jungen Menschen sei enorm, zugleich gebe es aber erhebliche Wissenslücken, die geschlossen werden sollten, so die Ergebnisse der Studie. An der Erhebung nahmen 291 Schülerinnen und Schüler aus acht Schulen in acht Wiener Bezirken teil, darunter drei NMS und fünf AHS. SOS Mitmensch appellierte an die Politik und die Bildungsstellen, mehr Bewusstseinsarbeit zu leisten.

Gesellschaftsklimatag 2018

Am Freitag, dem 27. April 2018, fand zum fünften Mal unter Beteiligung von SOS Mitmensch der Gesellschaftsklimatag statt. Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ wurden an zahlreichen Orten „Sprechstunden der Vielfalt“ abgehalten. Bei einer „Sprechstunde der Vielfalt“ sitzen sich Menschen, die einander kennen oder einander noch nie begegnet sind, in zwei langen Reihen gegenüber und sprechen darüber, wie wir in unserem gemeinsamen Land zusammen leben wollen. Durch den persönlichen Austausch sollen die Filterblasen des Internets durchbrochen und Vorurteile abgebaut werden.

Integrationspolitik analysieren und gestalten

SOS Mitmensch brachte eine kritische Stellungnahme zur schulischen Separierung von Kindern, die nicht gut Deutsch sprechen, von Kindern, die gut Deutsch sprechen, ein. Die Regierung hatte einen dementsprechenden Gesetzentwurf verfasst, der zudem die massive Kürzung der integrativen Deutschförderung vorsah. SOS Mitmensch betonte, dass das Separierungsgesetz die Gefahr berge, dass

ein Teil der Kinder noch stärker als bisher an den Rand gedrängt werde. Maßnahmen, um Separierung vorzubeugen, fehlten im Gesetzesentwurf vollkommen. Auch zahlreiche DirektorInnen, LehrerInnen, SprachexpertInnen, Bildungsinitiativen und Einrichtungen der Bundesländer übten Kritik am Separierungsgesetz. SOS Mitmensch veröffentlichte eine Übersicht über die wesentlichen Kritikpunkte.

SOS Mitmensch gelang die Rettung des „Integrationspreises Sport“. Viel deutete darauf hin, dass das Integrationsministerium und der Österreichische Integrationsfonds ein Integrations-Prestigeprojekt still und heimlich entsorgen wollten. Doch der Druck von SOS Mitmensch zeigte Wirkung, der Integrationspreis wurde erneut ausgeschrieben und vergeben.

SOS Mitmensch übte scharfe Kritik an der von der Bundesregierung eingeführten Blockade des Zugangs zur Lehre für junge Asylsuchende. Diese menschenfeindliche Zugangssperre torpediert die Chancen junger Menschen.

Aktiv gegen religiöse Ungleichbehandlung

SOS Mitmensch veröffentlichte ein Fragen-und-Antworten-Papier zum Thema Religionsfreiheit in Österreich. Mit der Unterstützung von Experten wurden 12 Fragen rund um die Bedeutung und Funktion von Religionsfreiheit beantwortet. Das Papier ist eine Reaktion von SOS Mitmensch auf die immer häufiger werdenden Forderungen nach Einschränkungen der individuellen Religionsausübung.

Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Im Jänner 2018, kurz nach der Angelobung der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung, verfasste SOS Mitmensch einen Aufruf an alle MitarbeiterInnen in den FPÖ-geführten Ministerien. SOS Mitmensch rief zu besonderer Wachsamkeit angesichts einer mit Rechtsextremisten durchsetzten Bundesregierung und von Personen mit Rechtsextremismusknähe geführten Ministerien auf.

SOS Mitmensch übte Kritik an der Bestellung von Gottfried Waldhäusl zum Landesrat für Integration und Asyl in Niederösterreich. Später rief SOS Mitmensch die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner eindringlich dazu auf, nicht länger zu den entmenschlichenden Aussagen und desintegrativen Handlungen von Landesrat Gottfried Waldhäusl zu schweigen. Wer Frauen, Männer und Kinder als „Illegale“ abqualifiziere, sie aus ihrem Umfeld reißt und Handlungen zur Desintegration setze, sei als Landesrat für Integration ungeeignet, so SOS Mitmensch.

Im Februar 2018 sprach sich SOS Mitmensch gegen die Ernennung eines schlagenden Corps, der als Festredner beim rechtsextrem durchsetzten und immer wieder auch von Neonazis besuchten „Akademikerball“ aufgetreten war, zum Verfassungsrichter aus. Mehr als 13.000 Menschen unterzeichneten einen Protest-Appell von SOS Mitmensch. Nachdem das Verfassungsgericht eine der wichtigsten Grundsäulen unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates ist, müssen für VerfassungsrichterInnen besondere Ansprüche gelten. Sie müssen über jeden Zweifel erhaben sein, auch nur die geringsten Berührungspunkte zu extremistischen, rassistischen oder antisemitischen Kreisen zu haben. Der Appell von SOS Mitmensch verhallte jedoch ungehört.

Ebenfalls im Februar veröffentlichte SOS Mitmensch eine Studie über die systematische Unterstützung von Antisemitismus durch die FPÖ. Hohe Geldbeträge von vermutlich mehreren hunderttausend Euro

seien in den vergangenen zehn Jahren von Seiten der FPÖ in Richtung Förderung der publizistischen Verbreitung von Antisemitismus und Rassismus geflossen, so die Ergebnisse des detaillierten Berichtes.

2018 setzte SOS Mitmensch seine Bewusstseinskampagne über das mit Neonazis und Holocaustleugner sympathisierende FPÖ-nahe Magazin „Aula“ fort. Mit Erfolg. Nach einem erneuten Rassismus-Eklat, auf den SOS Mitmensch aufmerksam machte, wurde die „Aula“ im Juni 2018 eingestellt. Der Geschäftsführer und Schriftleiter der „Aula“ wechselte als Kolumnist zum „Identitären“-nahen und FPÖ-nahen Magazin „Info direkt“.

SOS Mitmensch startete eine erfolgreiche Kampagne gegen Nominierung von Hubert Keyl als Richter am Bundesverwaltungsgericht. SOS Mitmensch appelliert an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, die Ernennung von Keyl zum Richter abzulehnen. Richterposten seien hochsensibel und die kolportierte frühere Nähe von Keyl zu Personen der rechtsextremen und möglicherweise sogar neonazistischen Szene sowie zu ewiggestrigem Gedankengut seien klare Ausschlussgründe. Keyl zog seine Bewerbung schließlich zurück und bekam von FPÖ-Verkehrsminister Hofer einen Posten in dessen Ministerium.

Im November 2018 erstattete SOS Mitmensch Anzeige gegen die FPÖ Wien und drei FPÖ-Politiker wegen des Verdachts der Verhetzung und der Wiederbetätigung. Anlass war eine Aussendung, in der die FPÖ den Ausschluss von Muslimen vom Zugang zum Gemeindebau forderte. SOS Mitmensch übte scharfe Kritik an der Wiener FPÖ, die im Gedenkjahr 2018 den Ungeist des Jahres 1938 ein Stück weit wieder aufleben lassen wollte, als unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten Juden in Wien aus dem Gemeindebau ausgeschlossen wurden. Die Staatsanwaltschaft Wien beschloss jedoch, kein Ermittlungsverfahren gegen die FPÖ einzuleiten.

Im Dezember 2018 brachte SOS Mitmensch, nach Analyse der „Aula“-Ausgaben der vergangenen zehn Jahre, Anzeige gegen den Ex-„Aula“-Chefredakteur Martin Pfeiffer wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung ein. Der Staatsanwaltschaft Graz wurde eine Sachverhaltsdarstellung mit umfangreichem Belegmaterial übermittelt. Die Analyse von SOS Mitmensch zeigte, dass die „Aula“ systematisch darauf hingewirkt hat, Neonazis und wesentliche Teile der Naziideologie in Österreich wieder salonfähig zu machen. Das betreffe etwa das Propagieren von Antisemitismus und Herrenrassendenken, die Verteidigung von Holocaustleugnern und Neonazis, die Verehrung von Nazikämpfern, die Verunglimpfung von KZ-Überlebenden, die Übernahme von Nazivokabular und das massive Bewerben von antisemitischer und geschichtsrevisionsistischer Literatur. Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist noch ausständig.

SOS Mitmensch verurteilt mehrfach die permanenten antimuslimischen Hetzkampagnen der FPÖ. Kritik übte SOS Mitmensch auch am Schweigen des Bundeskanzlers zur Hetze seines Regierungspartners gegen Musliminnen und Muslimen.

Seit mehr als 25 Jahren aktiv für Menschenrechte und Menschenwürde

Im Jänner 2018 feierte SOS Mitmensch das 25-Jahr-Jubiläum der Gründung der Organisation und der Veranstaltung des Lichtermeers. Aus diesem Anlass fand im ausverkauften Wiener Burgtheater eine große Matinee statt. Höhepunkt der Matinee war die Verleihung des Ute-Bock-Preis für Zivilcourage an zwei Holocaust-Überlebende. Helga Feldner-Busztin und Rudolf Gelbard wurden für ihren unermüdlichen Einsatz für die Aufklärung über die Nazizeit ausgezeichnet. Die Laudatio hielt der Autor

Doron Rabinovici. Der mit 7.000 Euro dotierte Preis wurde vom Vorsitzenden von SOS Mitmensch, Max Koch, überreicht. SOS Mitmensch präsentierte darüber hinaus eine Borschüre mit 50 Meilensteine und Erfolge, die gemeinsam mit weiteren AkteurInnen der Zivilgesellschaft seit dem Lichtermeer am 23. Jänner 1993 errungen werden konnten, präsentiert. Die zahlreichen Erfolge zeigen wie wichtig der Einsatz und die Impulse einer starken, lebendigen und couragierten Menschenrechts-Zivilgesellschaft für Österreich sind.

VERNETZUNG UND UNTERSTÜTZUNG

EHE OHNE GRENZEN

SOS Mitmensch unterstützt wichtige zivilgesellschaftliche Initiativen mit Ressourcen und Know-how, um den Aufbau menschenrechtsorientierter zivilgesellschaftlicher Einrichtungen zu fördern. Ziel ist es, in der Aufbauphase eine Stütze zu geben, damit die Initiativen ihre Aufgaben mittelfristig unabhängig wahrnehmen können. Dies ist bislang mit dem Verein Mirno More, ZARA und dem Verein Ute Bock gelungen.

Seit Ende 2006 stellt SOS Mitmensch der Initiative Ehe ohne Grenzen kostenlos Büro und Infrastruktur zur Verfügung. Außerdem wurde die Anstellung der Koordinatorin vorübergehend über SOS Mitmensch abgewickelt. Ehe ohne Grenzen hat sich als führende Organisation für Fragen binationaler Ehen etabliert.

ZUKUNFTSBUDGET

SOS Mitmensch beteiligte sich im Rahmen der Allianz „Wege aus der Krise“ an den Protesten von Familienverbänden, Bildungseinrichtungen und Gewerkschaften gegen das unsoziale Budget der Bundesregierung.

MITGLIEDSCHAFTEN

SOS Mitmensch ist Mitglied der Armutskonferenz. Darüber hinaus ist SOS Mitmensch Teil der Allianz „Wege aus der Krise“, des Netzwerks „Jetzt Zeichen setzen“, des Gesellschaftsklimabündnisses, der Allianz „Agenda Asyl“ sowie des Solidaritätsnetzwerkes.

INFORMATION UND HILFE

MO – MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

MO – Magazin für Menschenrechte wurde Ende 2004 gegründet und hat sich seither im Alternativ-Mediensegment etabliert. Das Magazin kann immer wieder mit Schwerpunkten Impulse setzen, die auch von Mainstream-Medien aufgegriffen werden.

Auch 2018 wurde das 2010 ins Leben gerufene Kolportage-Projekt fortgesetzt. Dieses bietet vom Arbeitsmarkt de facto ausgeschlossenen Menschen die Möglichkeit, sich für ihren Lebensunterhalt etwas dazu zu verdienen. Besonderen Wert legt das Projekt darauf, die KolporteurInnen zu stärken und ihre Selbstermächtigung zu fördern.

Kolportage Workshops 2018 - Zusammenfassung

Insgesamt fanden die Schulungen an 6 verschiedenen Terminen statt, wobei 20 KolporteurInnen teilnahmen. Der Hauptfokus lag in der Einschulung von KolporteurInnen, die erst seit kurzem Teil des Kolportageprojektes sind. Die Workshops wurden von der ehemaligen Praktikantin Teresa Wailzer in rumänischer Sprache abgehalten.

In der Schulung wurden verschiedene Aspekte der Kolportage besprochen. Ein Schwerpunkt lag in der Aufarbeitung und Besprechung regelmäßiger Beschwerden über KolporteurInnen. Auf dieser Basis wurden die Regeln und Richtlinien, die wir den KolporteurInnen vorgeben, besprochen und die KolporteurInnen hinsichtlich der Folgen von Fehlverhalten und Regelverstößen sensibilisiert. Darüber hinaus hatten auch die KolporteurInnen ihrerseits die Möglichkeit, über Probleme (v.a. die während des Straßenzeitungsverkaufes) zu berichten und sich auszutauschen. U.a. in Reaktion darauf wurde über den richtigen Umgang mit der Polizei und ihre Rechte informiert. Außerdem wurde der rechtliche Rahmen, in dem sich die Straßenzeitungs-Kolportage bewegt, besprochen.

INFORMATIONSVORANSTALTUNG

SOS Mitmensch bzw. VertreterInnen traten bei zahlreichen Informationsveranstaltungen und Workshops zu den unterschiedlichsten Themen unseres Arbeitsfeldes auf.

HILFE

Zahlreiche Menschen wendeten sich auch 2018 wieder an SOS Mitmensch, um Beratung und Hilfe zu erhalten. Konkrete Hilfe leistet SOS Mitmensch, wenn menschenrechtliche Probleme damit in Ihrer strukturellen Dimension bearbeitet werden können. Meist nimmt diese Hilfe deshalb die Form einer „Fall-Arbeit“ an, die mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden ist. Vielfach fungiert SOS Mitmensch auch als Organisation, die Hilfe suchende Menschen an zuständige Stellen und Einrichtungen weiterleitet oder Kontakte zu Hilfseinrichtungen herstellt.

ORGANISATORISCHES

PERSONELLES

2018 IM TEAM

Sprecher und inhaltlicher Geschäftsführer

Alexander Pollak

Kaufmännische Geschäftsführung

Gerlinde Affenzeller

Büroleitung

Bernhard Spindler/Stefanie Humer

Fundraising

Katharina Hofmann-Sewera

Kampagnen und Verwaltung

Evelyn Steinhäler / Sonja Dries

Redaktion MO

Gunnar Landsgeßell

Business Development MO

Magdalena Summereder

Schulung MO-Kolportage

Teresa Wailzer

Buchhaltung

Margareth Buchschwenter

EDV

Heli Amann

Reinigungskraft

Alicja Zur

Ehrenamtliche

2018 dauerhaft ehrenamtlich tätig: Elke Heinzl. Darüber hinaus gab es 2018 zahlreiche weitere ehrenamtliche HelferInnen und UnterstützerInnen.

CHRONOLOGIE

Jänner

03. Jänner 2018 SOS Mitmensch ermahnt den neuamtierenden Innenminister, Herbert Kickl, die Verbreitung von Falschinformationen in seiner neuen Amtsfunktion zu unterlassen und seine bisherigen Falschaussagen richtig zu stellen. Ausschlaggebend dafür war eine Behauptung Kickls bei einem Auftritt in Wieselburg im Sommer 2017, wonach Asylberechtigte „nach sechs Jahren die Staatsbürgerschaft de facto nachgeschmissen bekommen“ würden. Dies ist schlichtweg falsch, da Österreich extrem strenge Einbürgerungsbestimmungen hat, wodurch Österreich im europäischen Vergleich eine der niedrigsten Einbürgerungsraten aufweist.

04. Jänner 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an den regelmäßigen Inseratsschaltungen der FPÖ in rechtsextremen bzw. neonazi-nahen Zeitschriften wie z.B. der „Aula“. Eine Partei, die auch nur den geringsten Bezug zu neonazistischen Kreisen hat, ist nicht vertrauenswürdig und für die Regierungsarbeit ungeeignet.

04. Jänner 2018 SOS Mitmensch deckt eine Falschaussage des freiheitlichen Verteidigungsministers Mario Kunasek in der Krone auf. Kunasek behauptete gegenüber der Tageszeitung, er ließe in der rechtsextremen Zeitschrift „Aula“ keine Beiträge von ihm veröffentlichen, diese würde lediglich Presseaussendungen von ihm abdrucken. Recherchen von SOS Mitmensch ergaben jedoch, dass seit 2015 mehrfach Kommentare und Interviews des amtierenden Verteidigungsministers in der „Aula“ zu finden sind.

11. Jänner 2018 SOS Mitmensch verfasst ein Schreiben an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aller Ministerien, in dem sie zu besonderer Wachsamkeit in Hinblick auf rechtsextreme Tendenzen und Machtmissbrauch aufgerufen werden. Da Personen, denen ein Naheverhältnis zu rechtsextremen Organisationen nachgewiesen wurde, nun einige wichtige politische Ämter übernommen haben, sei besondere Wachsamkeit und wenn nötig auch Zivilcourage von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen gefragt.

19. Jänner 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht einen Nachruf auf die kürzlich verstorbene Ute Bock. Sie sei „mit ihrem unermüdlichen und unerschütterlichen Einsatz für Menschen in Not und ihrem großen Mut ein Vorbild für uns alle“.

21. Jänner 2018 SOS Mitmensch feiert mit einer Matinee im ausverkauften Burgtheater ihr 25-Jahr-Jubiläum unter dem Motto „Zivilcourage unlimited!“. Zahlreiche renommierte Künstler und Künstlerinnen wirken bei der Veranstaltung mit, unter anderem: Maschek, MoZuluArt, Christoph und Lollo, Elisabeth Orth, Stefanie Sargnagel und Dirk Stermann. Weiters finden auch Gespräche mit Persönlichkeiten wie Elias Bierdel, Pfarrer Wolfgang Pucher, Imam Ramazan Demir und vielen mehr statt.

Als Höhepunkt verleiht SOS Mitmensch bei der Jubiläumsfeier auch den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Der mit 7.000 Euro dotierte Preis wird dieses Jahr an die Holocaust-Überlebenden Helga Feldner-Busztin und Rudolf Gelbard verliehen, um sie für ihren unermüdlichen Einsatz in der Aufklärungsarbeit über die nationalsozialistische Zeit zu würdigen.

24. Jänner 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht Recherchen, die belegen, dass der niederösterreichische FPÖ-Spitzenkandidat Udo Landbauer über einen längeren Zeitraum ein Naheverhältnis zu antisemitischen Kreisen sowie zur neonazistischen Zeitschrift „Aula“ gepflegt hat und widerlegt damit Landbauers Aussage, seine Gesinnungsumgebung sei bis zur Nazi-Liederbuchaffäre frei von Antisemitismus gewesen. Sein Kontakt zu dem rechten Medium reicht übereine Nennung von ihm als „freiheitliche Jugendhoffnung“ 2018 bis hin zu einem doppelseitigen Interview im Jahr 2012 in der „Aula“.

25. Jänner 2018 SOS Mitmensch weist Udo Landbauers Behauptung zurück, in dem Magazin „Aula“ würden keine antisemitischen Beiträge veröffentlicht und verweist dabei auf Artikel, in denen unter anderem von der „Judaisierung der Welt“ gesprochen wird oder die Frage aufgeworfen wird, ob die „jüdische Weltherrschaft“ nur noch eine „Frage der Zeit“ ist. Laut SOS Mitmensch gehe es im legalen Rahmen kaum, noch antisemitischer zu sein als die Zeitschrift „Aula“ ohne dafür wegen Verhetzung oder Wiederbetätigung angeklagt zu werden.

30. Jänner 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der distanzierenden Stellungnahme vom oberösterreichischem FPÖ-Obmann Manfred Haimbacher zur Liederbuch-Affäre, in der dieser auch von fehlender Psycho-Hygiene im Lager rechter Burschenschaften spricht. Dabei kann Haimbacher selbst ein Naheverhältnis zur rechtsextremen „Aula“ nachgewiesen werden, da er diese nicht nur finanziell gefördert hat, sondern auch selbst Artikel für die Zeitschrift verfasst hat.

Februar

02. Februar 2018 Im Gedenken an Ute Bock veranstaltet SOS Mitmensch ein Lichtermeer am Wiener Heldenplatz.

05. Februar 2018 SOS Mitmensch startet die Petition „Verfassungsgericht nicht in die Hand schlagender Burschschafter!“. Anlass für die Aktion gaben Medienberichte, denen zufolge ÖVP und FPÖ geplant hätten, einen schlagenden Corps, der auch als Festredner am rechtsextrem durchsetzten Akademikerball auftrat, als Verfassungsrichter zu nominieren.

06. Februar 2018 SOS Mitmensch ruft die Bundesregierung und den Bundespräsidenten dazu auf, bei der Ernennung der neuen VerfassungsrichterInnen darauf zu achten, dass diese keinerlei Berührungspunkte zu extremistischen Kreisen haben.

13. Februar 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der Zusammensetzung der FPÖ-Aufarbeitungskommission, da mit dem Leiter Brauneder und den KoordinatorInnen Kabas, Kitzmüller, Stefan, Nemeth, Bösch und Mölzer Personen involviert seien, die selbst ein Naheverhältnis zum Rechtsextremismus haben. Dadurch würde eine ernsthafte Aufarbeitung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus verhindert werden.

19. Februar 2018 SOS Mitmensch ruft Bundeskanzler Sebastian Kurz auf, der FPÖ das Nominierungsrecht für den Verfassungsgerichtshof zu entziehen, da diese offensichtlich nicht in der Lage ist, Personen zu nominieren, die sowohl juristisch ausreichend qualifiziert sind als auch keinerlei Berührungspunkte zu rechtsextremen, rassistischen und europafeindlichen

Kreisen haben. Sollte Kurz dieser Aufgabe nicht nachkommen, sei die Intervention des Bundespräsidenten gefordert.

22. Februar 2018 SOS Mitmensch präsentiert eine Studie über die Unterstützung von Antisemitismus durch die FPÖ, die zeigt wie intensiv die FPÖ-Parteiführung die Verbreitung von Antisemitismus und Rassismus zwischen den Jahren 2008 und 2017 gefördert hat. Unterstützt wird die Erhebung durch die Historikerin und Antisemitismusforscherin Dr. Juliane Wetzel und die Historikerin Dr. Brigitte Bailer-Galanda.

23. Februar 2018 Mit Hinblick auf das stattfindende Hearing der KandidatInnen für den Verfassungsgerichtshof stellt SOS Mitmensch öffentlich eine Frage an den Kandidaten Dr. Andreas Hauer: „Warum sind Sie 2017 als Festredner beim rechtsextrem durchgesetzten „Akademikerball“ aufgetreten, obwohl bekannt ist, dass dort immer wieder Neonazis zu Gast sind und die Veranstalter gezielt in rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Publikationen für den Event werben? Stört Sie die Nähe der Veranstalter zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus nicht?“

Mehr als 13.000 Personen haben mittlerweile die Petition „Verfassungsgericht nicht in die Hand schlagender Burschschafter!“ unterzeichnet.

März

12. März 2018 SOS Mitmensch übermittelt die Studie über die FPÖ und die Antisemitismusförderung an Bundeskanzler Sebastian Kurz und den Leiter der FPÖ-Aufarbeitungskommission Wilhelm Brauneder. Brauneder wird in der Studie als Leserbriefschreiber für das rechtsextreme Magazin „Aula“ jedoch selbst erwähnt. Die Studie soll den Bundeskanzler darauf aufmerksam machen, dass er eine Regierung mit einer Partei gebildet hat, die Antisemitismus in Österreich fördert und mitfinanziert.

19. März 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht Recherchen, die zeigen, dass der inhaftierte, mutmaßliche Anführer einer rechtsextremen Terrorzelle, Hans B. regelmäßig Leserbriefe für die rechtsextreme Zeitschrift „Aula“ verfasst hat. Zwischen 2008 und 2014 druckte die „Aula“ ein Dutzend Leserbriefe von Hans B. mit teils antisemitischem und rassistischem Inhalt. Da die Zeitschrift unter anderem von der FPÖ mitfinanziert wird, zeigt dies wie nahe Teile der FPÖ rechtsextremem, gewaltbereitem und rassistischem Gedankengut sind.

19. März 2018 SOS Mitmensch weist darauf hin, dass der verstorbene Neonazi Gerd Honsik in der von der FPÖ mitfinanzierten Zeitschrift „Aula“ hoch im Kurs stand. Diese hat den verurteilten Neonazi jahrelang verteidigt und seine Verurteilung als „Vernichtungsjustiz“ bezeichnet.

21. März 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der Budgetpolitik und Anti-Ausländer-Rhetorik der Bundesregierung. Die Menschenrechtsorganisation bezeichnet die Finanzpolitik als „Schrumpfungsbudgetpolitik“, da die Regierung sowohl Justiz, Integration und den Sozialstaat beschneide als auch durch die Anti-Ausländer-Rhetorik 1,4 Millionen Menschen in Österreich ausgrenzt. Dies macht einen Bevölkerungsanteil in der Größenordnung der Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Burgenland aus und lässt Österreich schwächer wirken als es tatsächlich ist.

12. März 2018 SOS Mitmensch befürwortet die Aussage des FPÖ-Verteidigungsministers Mario Kunasek in einem Presse-Interview, wonach der „Islam selbstverständlich zu Österreich gehört“. Es sei ein wichtiges Zeichen, dass es in der freiheitlichen Partei auch Stimmen gibt, die sich der Ausgrenzungsstrategie der Parteiführung entgegenstellen.

April

04. April 2018 SOS Mitmensch nimmt an der Pressekonferenz der zivilgesellschaftlichen Allianz „Wege aus der Krise“ teil, die aufgrund des Budgethearings im Nationalrat am 05. April stattfindet. Dabei kritisieren die ExpertInnen verschiedener Organisationen den Regierungsentwurf für das Doppelbudget 2018/19 als ein Budget, das „mehr Unsicherheit für ältere Arbeitsuchende, für Menschen, die sich in Österreich integrieren wollen und für Familien mit geringerem Einkommen“ bringt. Die Regierung betreibe soziale Spaltungspolitik und fördere, dass sich soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter vertiefen würden, anstatt die gute Konjunktur für sozial-ökologische Investitionen zu nutzen, die eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in Österreich ermöglichen würde.

09. April 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der extrem niedrigen Einbürgerungsrate in Österreich. Nur jede hundertfünzigste Person wird pro Jahr in Österreich eingebürgert, was die niedrigste Rate in der gesamten EU ausmacht. Dabei sind vor allem einkommensschwache Personen und dadurch vor allem auch Kinder, die schon in Österreich geboren sind, aber deren Eltern ein zu niedriges Einkommen aufweisen, betroffen. SOS Mitmensch fordert ein realitätsnahes Einbürgerungsgesetz, das hier geborene Kinder willkommen heißt und einkommensschwache Frauen, Männer und Kinder nicht länger ausgrenzt.

11. April 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht eine Stellungnahme zur Änderung des Schulgesetzes, in dem die Organisation die geplante Einrichtung von separaten Deutschförderklassen kritisiert. Durch die Gesetzesnovelle würde ein Teil der Kinder noch stärker ausgegrenzt werden anstatt der Separierung der Kinder vorzubeugen.

27. April 2018 SOS Mitmensch nimmt am Gesellschaftsklimatag teil, der 2018 zum fünften Mal stattfindet. Unter dem Motto „Wir müssen reden!“ treten zahlreiche Vereine und Institutionen in einen persönlichen Austausch, um Filterblasen und Vorurteile zu durchbrechen und das gesellschaftliche Klima in Österreich nachhaltig zu verbessern. Neben SOS Mitmensch nehmen auch Organisationen wie die Wiener Jugendzentren, das Integrationshaus, das Interkulturelle Zentrum, die VHS Wien und der Presseclub Concordia teil.

27. April 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der FPÖ-Aufarbeitungskommission und bezeichnet diese als „Verschleierungskommission“, da weder bekannt ist wer forscht noch was erforscht wird. Ein wirkliches Interesse an Aufarbeitung und eine Abkehr von zerstörerischen menschenfeindlichen Ideologien sei nicht zu erkennen. Dies werde vor allem in der, von SOS Mitmensch veröffentlichten, Studie über die Unterstützung von Antisemitismus durch die FPÖ deutlich.

30. April 2018 SOS Mitmensch ruft die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner auf, aktiv zu werden gegen die entmenschlichenden Aussagen und desintegrativen Handlungen von FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl. Dieser habe in der Vergangenheit

Integration beispielsweise als „Zeitverschwendung“ und Geflüchtete als „Illegale“ bezeichnet und dafür gesorgt, dass Kinder von Asylsuchenden keine Schulen mehr besuchen können. Daher fordert SOS Mitmensch, dass man Waldhäusl die Zuständigkeit für Integrationsfragen wieder entzieht.

Mai

02. Mai 2018 SOS Mitmensch nimmt Stellung zu Heinz Faßmanns Aussagen, denen zufolge Maßnahmen für einen optimalen Start der Schullaufbahn von Kindern mit Eltern mit nichtdeutscher Muttersprache, nicht die Aufgabe des Bildungsministeriums, sondern des Integrationsministeriums seien. SOS Mitmensch kritisiert diese Vorgehensweise als ausgrenzende Kindesweglegung und bewertet diese bildungspolitisch als „Nicht genügend“. Die Organisation fordert vom Bildungsministerium ein Maßnahmenpaket zur Beratung und Unterstützung von Eltern, die eine andere Erstsprache als Deutsch haben, sodass deren Kinder erst gar nicht gefährdet werden, die Schule in separierten Klassen beginnen zu müssen und sozialer Ausgrenzung von Beginn an vorgebeugt werden kann.

03. Mai 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht ein Dossier mit einer Übersicht aller Kritikpunkte zum, von der Regierung geplanten, Separierungsgesetz. In der Stellungnahme bezieht man sich unter anderem auf Erfahrungen und Einwände von DirektorInnen, Lehrkräften, SprachexpertInnen und Bildungsinitiativen. Außerdem fordert die Organisation, dass das für 08. Mai angesetzte Expertenhearing zum neuen Bildungsgesetz öffentlich stattfinden sollte.

04. Mai 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an den Angriffen der FPÖ gegen den Schriftsteller Michael Köhlmeier, nachdem dieser bei der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus aufgezeigt hat, wie präsent Antisemitismus und Rassismus in der österreichischen Politik noch immer ist. Dass die freiheitliche Parteiführung als Antwort darauf, die Tatsachen verdreht und Köhlmeier selbst eine Verharmlosung des Holocaust vorwirft, zeige wie richtig der Schriftsteller mit seinen Aussagen lag.

07. Mai 2018 SOS Mitmensch spricht sich dafür aus den 8. Mai, den Jahrestag der Kapitulation des NS-Regimes, als offiziellen Demokratiefiertag zu erklären und gibt allen MitarbeiterInnen der Organisation unter dem Motto „Nimm Dir frei, am 8. Mai“ frei. Außerdem ruft SOS Mitmensch dazu auf, am vom Mauthausen Komitee Österreich veranstalteten „Fest der Freude“ teilzunehmen.

07. Mai 2018 SOS Mitmensch fordert die FPÖ dazu auf, sich endlich von den antisemitischen, rassistischen und neonazi-nahen Kreisen rund um die rechtsextreme Zeitschrift „Aula“ abzugrenzen indem FPÖ-Funktionäre, die mit der „Aula“ kooperieren, aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. SOS Mitmensch kritisiert dabei die zahlreichen Auftritte und Inseratschaltungen von der FPÖ-Parteiführung und insbesondere von Vizekanzler Heinz Christian Strache in dem rechtsextremen Medium, die sich in den letzten zehn Jahren angesammelt haben.

07. Mai 2018 SOS Mitmensch und weitere Menschenrechtsorganisationen starten die gemeinsame Initiative „#SicherSein – Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan“. Obwohl vom österreichischen Außenministerium eine offizielle Reisewarnung für Afghanistan

besteht, wird das Land trotzdem als sicher genug eingestuft, um afghanischen Flüchtlingen Asyl zu verweigern und diese zurück in das von Krieg zerstörte Land zu schicken. Dagegen setzt sich die Initiative #SicherSein ein, indem sie Protestaktionen und Informationsveranstaltungen organisiert. Weitere mittragende Organisationen neben SOS Mitmensch sind die Volkshilfe, die Diakonie, die Asylkoordination Österreich, das Integrationshaus, das Don Bosco Flüchtlingswerk Austria und Alpine Peace Crossing.

14. Mai 2018 SOS Mitmensch geht mit einer Firmenbuch- und Vereinsregister-Recherche an die Öffentlichkeit, die ergeben hat, dass namhafte FPÖ-Politiker weiterhin führend als Gesellschafter der antisemitischen und rassistischen Zeitschrift „Aula“ tätig sind und widerlegt damit Heinz-Christian Straches Behauptung, wonach sich die FPÖ von dem rechtsextremen Medium distanzieren. Das Magazin sei im Besitz von fünf freiheitlichen Akademikerverbänden, in denen freiheitliche Politiker wie Heinrich Sickl, Stefan Lang oder Axel Kassegger vertreten sind.

15. Mai 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht eine kritische Stellungnahme zum Entwurf des Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2018. Zu den Kritikpunkten zählen die geplante Konfiszierung von Bargeld in Höhe von bis zu 840 Euro pro Person (120 Euro müssen den Betroffenen gelassen werden), Abnahme privater Mobiltelefone zur Datenaufnahme sowie die Anhebung der Wartefrist für Antragstellung auf Staatsbürgerschaft von sechs auf zehn Jahre.

15. Mai 2018 SOS Mitmensch fordert den Parteiausschluss des steirischen FPÖ-Landtagspräsidenten Gerhard Kurzmann, da dieser 2018 bereits zwei Beiträge für die rechtsextreme Zeitschrift „Aula“ verfasst hat. Neben einem mehrseitigen Artikel von Kurzmann ist in der aktuellen Ausgabe auch ein Werbesujet für Heinz-Christian Strache selbst zu finden.

26. Mai 2018 Durch eine Aussage von FPÖ-Generalsekretär Harald Villimsky, wonach der Name „Aula“ bald verschwinden werde, sieht SOS Mitmensch seine Recherchen bestätigt. Villimskys Behauptung sei ein Beweis dafür, dass die FPÖ nicht nur eng verzahnt mit dem rechtsextremen und rassistischen Magazin ist, sondern auch Entscheidungsgewalt darüber besitzt.

27. Mai 2018 SOS Mitmensch kritisiert ein weiteres Mal die Verbindungen zwischen FPÖ-Mitgliedern und der neonazi-nahen „Aula“, in der antisemitische und rassistische Beiträge veröffentlicht werden. In Hinblick auf den aktuellen Fall rund um den steirischen freiheitlichen Landtagspräsidenten Gerhard Kurzmann fordert SOS Mitmensch nun die übrigen Parteien im steirischen Landtag dazu auf, Kurzmann in seiner Funktion als Landtagspräsidenten abzusetzen, da von Seiten der FPÖ keine Konsequenzen gezogen würden.

28. Mai 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der von der Regierung geplanten Kürzung der Mindestsicherung und bezeichnet dieses als Armutsverschärfungs-Paket, da es Armut massiv verschärfen und besonders Kinder treffen würde. Eine Kürzung der Mindestsicherung stelle aber nicht nur eine Existenzbedrohung für die Betroffenen dar, sondern sei darüber hinaus auch ein Gesamtangriff auf die soziale Stabilität, die Österreich zu einem der lebenswertesten Länder der Welt macht.

29. Mai 2018 SOS Mitmensch wirft der Regierung vor, die Bevölkerung beim Thema „Mindestsicherung“ hinters Licht zu führen. ÖVP und FPÖ würden bei der geplanten Reform Fairness betonen während es einer Bestrafungsaktion von armutsbetroffenen Menschen

gleichkomme. Vor allem Kinder würden doppelt darunter leiden: Einerseits, wenn sie mehrere Geschwister haben und andererseits, wenn ihre Eltern Deutsch nicht auf Fremdsprachen-Maturaniveau können. Subsidiär schutzberechtigte Personen würden gänzlich aus der Mindestsicherung ausgeschlossen. SOS Mitmensch fordert daher die Bundesländer auf, sich gegen die geplante Reform der Mindestsicherung zu stellen.

29. Mai 2018 SOS Mitmensch und die Initiative #SicherSein organisiert kurzfristig einen Protest vor dem Innenministerium. Anlass sind die, trotz der katastrophalen Sicherheitslage in Afghanistan stattfindenden, Abschiebungen nach Kabul. In der Aktion tauschen die Organisationen das Schild am Eingang des Innenministeriums durch ein neues „#SicherSein“-Schild aus, denn Sicherheit muss für alle in Österreich gelten, auch für Menschen mit Fluchtgeschichte.

Juni

07. Juni 2018 SOS Mitmensch verweist auf eine Recherche des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstands, wonach der Geschäftsführer und Schriftleiter der rechtsradikalen „Aula“, Martin Pfeiffer, als Politiker in der FPÖ-Graz aktiv sei. Dies sei ein weiterer Beweis dafür, wie tief verstrickt die FPÖ mit dem rechtsextremen Magazin sei.

SOS Mitmensch übt außerdem Kritik daran, dass jener „Aula“-Autor, der den österreichischen Song-Contest-Teilnehmer César Sampson als „ORF-Quotenmohr“ bezeichnet hat, weiterhin für die Zeitschrift tätig ist und, dass die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ von der „Aula“ hochgelobt wird.

12. Juni 2018 Nachdem die Nationalratsabgeordnete Alma Zadić während einer Nationalratssitzung durch sexistisch und rassistisch konnotierte Zwischenrufe beleidigt wurde, ruft SOS Mitmensch die ParlamentspräsidentInnen und Vorsitzenden aller Parteien dazu auf, diese Äußerungen scharf zu verurteilen. Derartige Ausfälle, unabhängig davon gegen welche Abgeordneten oder Parteien sie sich richten würden, gefährdeten die Glaubwürdigkeit des Parlaments und dürften nicht ohne Konsequenzen bleiben.

12. Juni 2018 SOS Mitmensch veranstaltet zum 18. Mal die kuratierte Benefizauktion zeitgenössischer Kunst, bei der zahlreiche namhafte KünstlerInnen unentgeltlich ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Die Versteigerung umfasst ein breit gefächertes Angebot mit bis zu 100 Zeichnungen, Drucken, Gemälden, Fotoarbeiten und Skulpturen. Die damit erzielten Einnahmen kommen der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch zugute.

13. Juni 2018 SOS Mitmensch fordert den ÖVP-Klub auf, den Abgeordneten Johann Rädler, aufgrund seiner Ausfälle gegen Alma Zadić, aus der Partei auszuschließen. Rädlers Verhalten, zuerst einen rassistischen Zwischenruf zu tätigen, dann eine Entschuldigung zu verweigern und anschließend die Betroffene als Täterin darzustellen, dürfe nicht toleriert werden.

14. Juni 2018 SOS Mitmensch berichtigt eine von der Bundesregierung veröffentlichte Grafik zur Mindestsicherung, da fast die Hälfte der darin genannten Zahlen laut der Organisation falsch sei. Die Regierung wolle die Öffentlichkeit mit den falschen Zahlen manipulieren und in die Irre führen. SOS Mitmensch kritisiert dies als beispiellosen Skandal und verspricht weiter gegen die geplanten Kürzungen in der Mindestsicherung vorzugehen.

18. Juni 2018 SOS Mitmensch beteiligt sich an der Initiative „#SicherSein – Engagement gegen Abschiebungen nach Afghanistan“. Dabei handelt es sich um eine musikalisch-künstlerische Protestaktion gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Ziel der Straßenaktion ist es, aufzuzeigen, dass Afghanistan nicht als sicheres Land für Geflüchtete gesehen werden kann (laut Global Peace Index 2018 galt Afghanistan zu diesem Zeitpunkt als zweit-unsicherstes Land nach Syrien) und welche Konsequenzen Abschiebungen für die Betroffenen haben.

26. Juni 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an Aussagen von Mitgliedern der Bundesregierung zu den geplanten Reformen der Mindestsicherung. Laut Vertretern der Bundesregierung und der Wiener ÖVP soll es sich bei den Mindestsicherungskürzungen bei Familien und Kindern um eine „neue Gerechtigkeit“ handeln. SOS Mitmensch verurteilt den Armutsdiskurs der Regierung als überheblich und zynisch und betont, dass die Verschärfung von Kinderarmut keine „neue Gerechtigkeit“ bringe.

Juli

11. Juli 2018 SOS Mitmensch übt via Facebook Kritik an der in der vorangegangenen Woche im Nationalrat beschlossenen Fremdenrechtsverschärfung. Diese sieht unter anderem vor, Asylsuchenden bei ihrer Ankunft Bargeld bis zu einem Betrag von 840 Euro zu konfiszieren, ihnen ihre Mobiltelefone abzunehmen, um an private Daten zu kommen und Personen, die kurz vor einer Ausweisung stehen bis zu 72 Stunden in Schubhaft festzuhalten, wenn sie in diesem Zeitraum einen Asylantrag stellen. SOS Mitmensch unterstützt die Forderung der UNHCR Österreich den Schutzgedanken bei Asylthemen wieder in den Vordergrund zu stellen.

18. Juli 2018 Recherchen von SOS Mitmensch haben ergeben, dass es 2018 erstmals keinen Integrationspreis Sport mehr geben wird. Der Preis wurde von Sebastian Kurz in seiner Zeit als Staatssekretär für Integration als Prestigeprojekt gefördert, um Vorurteile abzubauen und Integration zu stärken. Daher sieht SOS Mitmensch das Ende des Projekts als Rückwärtsschritt und Zeichen dafür, dass die Förderung innovativer und integrativer Sportprojekte in der bestehenden Regierung keinen Platz mehr haben.

20. Juli 2018 SOS Mitmensch fordert die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner erneut dazu auf, den freiheitlichen Landesrat Gottfried Waldhäusl abzusetzen. Anlass dazu sind Falschinformationen in Bezug auf die Schächtung von Tieren, die von dem FPÖ-Politiker in sozialen Medien verbreitet werden. Dort behauptet Waldhäusl nämlich über minutenlange Todeskämpfe von Tieren während der Schächtungsprozedur und setzt gleichzeitig indirekt eine Verbindung zu Juden und Muslimen her.

20. Juli 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht Berechnungen, denen zufolge die durch die geplanten Kürzungen der Mindestsicherung entstehenden Defizite durch Gutschriften im Zuge des Familienbonus in den meisten Fällen nicht ausgeglichen werden könnten. Die Menschenrechtsorganisation kritisiert dabei, dass das Gehalt von gutverdienenden Familien durch die geplanten Reformen etwas aufge bessert würde, während es bei ohnehin schon mittellosen Familien zu Sozialhilfekürzungen von bis zu 60 Prozent kommen würde.

30. Juli 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht eine Portraitsreihe von geflüchteten Menschen, die es geschafft haben sich in Österreich ein neues Leben aufzubauen. Ziel der Kampagne ist es, den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind, eine Chance zu geben ihre Geschichte zu erzählen.

August

07. August 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht ein Fragen-und-Antworten-Papier zum Thema Religionsfreiheit in Österreich. Mit der Unterstützung von ExpertInnen wurde auf 12 Fragen rund um die Bedeutung und Funktion von Religionsfreiheit eingegangen. Damit will SOS Mitmensch auf die immer häufiger werdenden Forderungen nach Einschränkungen der individuellen Religionsausübung reagieren und in der Gesellschaft ein Bewusstsein für Grundrechte und Grundfreiheiten schaffen.

26. August 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an den Plänen der Bundesregierung den Zugang zur Lehre für junge Asylsuchende zu stoppen. Eine solche Regelung würde nicht nur Integration torpedieren und die Chancen junger Menschen einschränken, sondern würde sich auch negativ auf Berufsgruppen auswirken, in denen es einen Lehrlingsmangel gibt.

28. August 2018 SOS Mitmensch spricht sich gegen die Rückkehr von FPÖ-Politiker Udo Landbauer in die Politik aus und widerspricht der Behauptung Heinz-Christian Straches, wonach Landbauer „voll rehabilitiert“ sei. SOS Mitmensch betont, dass Landbauers Führungsrolle in einer rechtsextremen Burschenschaft, die unter anderem ein zutiefst antisemitisches Nazi-Liederbuch herausgegeben hat, kein Einzelfall ist und sieht dessen Rückkehr als Beweis für die mangelnde Distanz der freiheitlichen Partei zu antisemitischen, rassistischen und rechtsextremen Kreisen.

September

03. September 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an den von der Regierung beschlossenen Bildungsmaßnahmen, durch die es zu massiven Einschnitten bei der Deutschförderung komme. Konkret bezieht sich die Menschenrechtsorganisation dabei auf jene Gruppe von Kindern, die bereits im Schulsystem ist und deren Deutsch-Förderstunden von elf auf sechs Stunden gekürzt wurden. Es handle sich dabei um die Mehrheit der Schulkinder, deren Bildungschancen durch die Kürzungen stark verschlechtert werden.

12. September 2018 SOS Mitmensch kritisiert die Beantwortung einer Anfrage vom Bundesministerium für Frauen, Familie und Jugend zu den Förderungszahlungen an den Österreichischen Pennäler Ring (ÖPR) als irreführend, da in der Beantwortung der Ausschluss von Frauen aus den Vereinsstrukturen des ÖPR verschwiegen wurde, obwohl ausdrücklich nach diesem gefragt wurde. Demnach schrieb das Ministerium in der Anfragebeantwortung vom 06. August 2018, dass Frauen vom ÖPR zugelassen würden. Dagegen sprechen jedoch Recherchen von SOS Mitmensch, denen zufolge in den Vorständen sowohl der Dachorganisation als auch sämtlicher Mitgliederverbindungen ausschließlich Männer vertreten sind. Außerdem kann auf einem Screenshot des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes von der (inzwischen offline genommenen) Website des ÖPR nachgelesen

werden, dass der Pennäler Ring keine Frauen aufnehme. SOS Mitmensch hält die unzureichende Anfragebeantwortung des Bundesministeriums für Frauen, Familien und Jugend für skandalös, vor allem, weil dieses für die Einhaltung von Frauenrechten zuständig ist.

13. September 2018 Gemeinsam mit dem Frauen*Volksbegehren startet SOS Mitmensch die Pass-Egal-Unterschriftensammlung für das Frauen*Volksbegehren. Zum ersten Mal haben damit auch Menschen, die in Österreich leben, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, die Möglichkeit ein Volksbegehren zu unterstützen und somit die Politik und Gesellschaft ihres Wohnlandes mitzugestalten. Insgesamt beteiligten sich mehr als 1.800 Personen aus mehr als 50 Passländern an der Aktion.

13. September 2018 SOS Mitmensch reagiert mit Kritik auf die Präsentation des Integrationsberichts 2018. Mit der Kürzung von Deutschkursen, der Streichung des Integrationsjahres bis hin zu Ausbildungsverboten für junge Menschen scheint das Prinzip „Integration von Anfang an“ tot zu sein Stattdessen würden Populismus und Menschenfeindlichkeit die integrationspolitische Vernunft immer öfter übertrumpfen.

16. September 2018 SOS Mitmensch richtet einen Appell an Bundespräsident Alexander Van der Bellen, die Ernennung von Hubert Keyl zum Richter, aufgrund seiner nachgewiesenen Nähe zu rechtsextremem und neonazistischem Gedankengut zu verhindern. Keyls Distanzierung zu diesen Vorwürfen hält die Menschenrechtsorganisation für unglaubwürdig, da sowohl Keyls Aussagen über den Widerstandshelden Franz Jägerstätter dokumentiert seien als auch sein Agitieren in der rechtsextremen und neonazistischen „Aula“ unbestritten seien. Die Nähe Keyls zu ewiggestrigem Gedankengut sei belegt und ein klarer Ausschlussgrund für einen Richterposten.

17. September 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an der Bundesregierung für ihre Toleranz gegenüber rechtsextremen und teilweise neonazistischen Personen, die sich durch die Benennung Hubert Keyls für einen Richterposten zeigt. Weiters fordert die Organisation Alexander Van der Bellen nochmals auf, die Ernennung Keyls zum Richter abzulehnen.

18. September 2018 Angesichts der Affäre rund um die Richternominierung Hubert Keyls verweist SOS Mitmensch auf die nicht abbrechenden Verbindungen zwischen der FPÖ und Personen, die sich in rechtsextremen und/oder neonazistischen Kreisen betätigen. SOS Mitmensch kritisiert dabei insbesondere das Dienstverhältnis des FPÖ-Parlamentsklubs mit Elisabeth Keyl, die sich im Umfeld des Neonazis Gottfried Küssel bewegte und den Spitznamen „SS-Lilly“ trug.

19. September 2018 SOS Mitmensch zeigt sich erfreut darüber, dass die Regierung nach zunehmenden Druck den Integrationspreis doch nicht einstellt und es auch 2018 wieder zu einer Ausschreibung des Integrationspreises Sport kommt.

23. September 2018 SOS Mitmensch reagiert auf die Aussage von Bundeskanzler Sebastian Kurz in der „Zeit im Bild“, in der er behauptet hat, dass „jeder etwas davon haben soll, wenn die Wirtschaft in Österreich wächst“. Als Konsequenz dieses Versprechens müsste die Regierung nun von der Kürzung der Mindestsicherung und der Streichung der Notstandhilfe Abstand nehmen, fordert SOS Mitmensch.

23. September 2018 SOS Mitmensch übt Kritik am Schreiben des Innenministeriums an die Landespolizeidirektionen, in dem die Ausgrenzung kritischer Medien „angeregt“ wird. Das Schreiben sei ein frontaler Angriff auf kritische Medienberichterstattung und somit auf die Demokratie überhaupt. SOS Mitmensch fordert Medien im In- und Ausland zu Solidarität und zur Verurteilung des Schreibens auf und spricht außerdem seinen Dank an jene Person oder Personen aus, die wachsam den Skandal erkannt haben und das Schreiben an die Öffentlichkeit gebracht haben.

Oktober

03. Oktober 2018 In Bezug auf den Innenministeriums-Skandal rund um die Ausgrenzung kritischer Medien, den bekannt gewordenen Anzeigen und Einschüchterungsversuchen gegen kritische Personen und dem vom „Falter“ aufgedeckten Versuch von Kickls Umfeld, Informationen über die Ermittlungstätigkeit des BVT gegen Burschenschaften zu erhalten, warnt SOS Mitmensch – wie auch schon vor der Regierungsangelobung 2017 – vor der Machtzunahme antidemokratischer Kreise. Die jüngsten Ereignisse würden bestätigen, dass die Besetzung von Ämtern in Polizei, Verfassungsschutz und Bundesheer durch Personen mit Nähe zu extremistischen Kreisen zu Machtmissbrauch führen.

08. Oktober 2018 SOS Mitmensch beteiligt sich an der Aktion #SicherSein, bei der am Wiener Minoritenplatz gegen Abschiebungen nach Afghanistan protestiert wird. Weiters gibt es eine Mahnwache vor dem Innenministerium in Wien und am Linzer Hauptplatz. Die Protestaktion wird neben SOS Mitmensch auch von zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen, unter anderem von SicherSein, Amnesty International Austria, SOS-Kinderdorf, SOS-Menschenrechte, Volkshilfe, Diakonie und der Asylkoordination Österreich.

11. Oktober 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht ein Video, in dem die Organisation österreichische SpitzenpolitikerInnen befragt, wie lange sie mit 150 Euro auskommen würden. Anlass für die Aktion waren Aussagen der Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, wonach man in Österreich mit 150 Euro im Monat auskommen könne, wenn man eine Wohnung hat. Einige der befragten PolitikerInnen haben die Fragen klar beantwortet und zugegeben, dass sie mit 150 Euro keinesfalls einen ganzen Monat durchkommen würden. Andere, wie z.B. Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache haben die Frage nicht beantwortet.

18. Oktober 2018 SOS Mitmensch startet eine Informationskampagne zum Thema „Mindestsicherung neu“ und richtet eine Website ein, in der 25 Fragen zur geplanten Reform der Mindestsicherung und zur Streichung der Notstandshilfe beantwortet werden. Nachdem das Sozialministerium falsche Zahlen zu den Mindestsicherungsplänen veröffentlicht hat, sieht sich SOS Mitmensch verpflichtet die Bevölkerung über die Kürzungen zu informieren. Dafür plant die Organisation auch Informationsveranstaltungen auf der Straße abzuhalten.

22. Oktober 2018 Im Rahmen der Informationskampagne zum Thema „Mindestsicherung neu“ stellt sich SOS Mitmensch mit einem Info-Tisch auf die Wiener Mariahilferstraße und klärt interessierte PassantInnen über die Fakten zu den Kürzungsplänen der Regierung und deren weitreichende Folgen auf.

23. Oktober 2018 SOS Mitmensch führt ihre Informationskampagne zum Thema „Mindestsicherung neu“ auf der Mariahilferstraße fort.

24. Oktober 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht einen Nachruf für Rudolf Gelbard, in dem sich die Organisation für das unermüdliche Engagement des Zeitzeugen im Kampf gegen jegliches Wiederaufleben des Faschismus in Österreich bedankt.

25. Oktober 2018 SOS Mitmensch fordert die Regierungsparteien und insbesondere Vizekanzler Heinz-Christian Strache auf, die Lügen- und Hetzkampagne zu beenden, die den Regierungsbeschluss zur Indexierung der Familienbeihilfe begleitet. Dabei handelt es sich um Bilder von dunkelhäutigen und kopftuchtragenden Frauen, die von FPÖ-AnhängerInnen und Strache selbst in sozialen Medien verbreitet werden. Diese würden den Eindruck erwecken, dass vor allem afrikanische bzw. muslimische Kinder von der indexierten Familienbeihilfe profitieren, obwohl tatsächlich 90 Prozent der Zahlungen an Kinder in EU-Ländern wie Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Tschechien oder der Slowakei gehen. Jene Kinder, die in Drittstaaten leben, erhalten nämlich überhaupt keine Familienbeihilfe.

25. Oktober 2018 SOS Mitmensch stellt ein weiteres Mal den Info-Tisch zum Thema „Mindestsicherung neu“ auf der Mariahilferstraße auf, um Interessierte über die Kürzungspläne der Regierung zu informieren.

26. Oktober 2018 SOS Mitmensch nutzt den Nationalfeiertag, um vor dem Bundeskanzleramt gegen die geplanten Kürzungen der Mindestsicherung und die Streichung der Notstandshilfe zu protestieren.

28. Oktober 2018 SOS Mitmensch befürwortet den von der Bundesregierung einberufenen Gipfel gegen Hass im Netz, verweist gleichzeitig jedoch auch darauf, dass Hass in sozialen Medien auch durch einzelne Regierungsmitglieder selbst angestachelt wird. SOS Mitmensch fordert die Regierung daher auf, als gutes Beispiel voranzugehen und sich vom Kampf gegen Hass nicht auszunehmen.

29. Oktober 2018 SOS Mitmensch führt ihre Informationskampagne zum Thema „Mindestsicherung neu“ auf der Mariahilferstraße fort.

31. Oktober 2018 SOS Mitmensch protestiert vor dem Ministerrat im Bundeskanzleramt sowohl gegen die geplanten Kürzungen der Mindestsicherung als auch gegen den Boykott der österreichischen Regierung gegen den UN-Pakt für eine geregelte Migrationspolitik.

31. Oktober 2018 SOS Mitmensch stellt sich wieder mit einem Info-Tisch auf die Mariahilferstraße, um interessierte PassantInnen über die Regierungspläne zur „Mindestsicherung neu“ zu informieren.

November

05. November 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht eine Erhebung, in der der Wissensstand junger Mädchen und Burschen zum Thema Mädchen- und Frauenrechte abgefragt wurde. An der Studie nahmen insgesamt 291 Schüler und Schülerinnen zwischen 13 und 14 Jahren an

acht Wiener Schulen teil. Sie ergab, dass es sowohl bei Mädchen als auch bei Buben zwar einen starken Rückhalt und große Wissbegier für Frauenrechte gibt, das Wissen über Rechte, Verbote und Schutzeinrichtungen jedoch mangelhaft ist. SOS Mitmensch verteilte daher auch eine Informationsbroschüre und fordert die Politik zu einer Informationsoffensive an Schulen auf, um bei den Kindern das Wissen und Bewusstsein über Frauenrechte zu fördern.

05. November 2018 SOS Mitmensch übt Kritik daran, dass die Bundesregierung unter Sebastian Kurz den UN-Pakt für eine geregelte Migrationspolitik boykottieren will. Die Ablehnung des Papiers von Österreich würde Rechtspopulisten weltweit ermutigen ebenfalls gegen den Pakt mobil zu machen und den Ausstieg weiterer Staaten fördern.

05 und 07. November 2018 SOS Mitmensch stellt ein weiteres Mal einen Info-Tisch zum Thema „Mindestsicherung neu“ auf der Mariahilferstraße auf, um Interessierte über die Kürzungspläne der Regierung zu informieren und über die damit einhergehenden Folgen aufzuklären.

12. November 2018 SOS Mitmensch protestiert vor der Wiener Staatsoper, in der die Gedenkfeier zu 100 Jahren Republik Österreich stattfindet. Die Aktion richtet sich gegen die Tatsache, dass die Feier zur Ausrufung der Republik unter Beteiligung einer Regierung mit rechtsextremen Mitgliedern stattfindet.

13. November 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an dem von der FPÖ und unter Beteiligung von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein veröffentlichten Hetzvideo zur E-Card. Angesichts des kürzlich von der Regierung beschlossenen Gipfels gegen Hass im Netz, fordert SOS Mitmensch einmal mehr den sofortigen Stopp der politischen Lügen- und Hetzkampagnen, denn eine verantwortungsvolle Regierung müsse Hass verhindern und nicht selbst schüren.

14. und 15. November 2018 SOS Mitmensch erstattet zuerst Anzeige gegen die FPÖ Wien und anschließend gegen den Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp wegen des Verdachts der Verhetzung. Grund dafür ist eine Aussendung der FPÖ, in der die Partei den Ausschluss von MuslimInnen bei der Vergabe von Gemeindebauwohnungen fordert. SOS Mitmensch verlangt von den anderen Parteien eine klare Verurteilung der Forderung.

19. November 2018 SOS Mitmensch übermittelt der Staatsanwaltschaft eine umfangreiche Sachverhaltsdarstellung in Bezug auf den von der FPÖ Wien geforderten Ausschluss von MuslimInnen aus dem Gemeindebau. Neben dem Verdacht auf Verhetzung bestehe auch der Verdacht der NS-Wiederbetätigung, da die Forderung stark an die rassistischen und antisemitischen Gesetze der Nazizeit erinnere.

22. November 2018 SOS Mitmensch fordert Bundeskanzler Sebastian Kurz auf, nicht mehr länger zu den antimuslimischen Hetzkampagnen der FPÖ und vor allem auch von Vizekanzler Heinz-Christian Strache zu schweigen. Nach der wiederholten Verurteilung von Antisemitismus von Seiten des Kanzlers ist es der Menschenrechtsorganisation unverständlich, warum sich Kurz zu der Stimmungsmache Straches gegen MuslimInnen nie äußert.

28. November 2018 SOS Mitmensch übt Kritik an den Reformplänen der Regierung zur Mindestsicherung. Die geplanten Kürzungen durch die „Mindestsicherung neu“ wären vor allem für Kinder und Menschen ohne Pflichtschulabschluss und ohne gute Deutschkenntnisse

existenzbedrohend und für viele Betroffene bestehe auch die Gefahr ihre Wohnung zu verlieren. Außerdem verurteilt SOS Mitmensch die Vorgehensweise der Regierung, da sie das Land in Menschen erster, zweiter und dritter Klasse einteile und ruft daher zum Protest gegen die drohende soziale Kälte auf.

28. November 2018 SOS Mitmensch protestiert vor dem Bundeskanzleramt gegen die Kürzungen der Mindestsicherung.

29. November 2018 SOS Mitmensch veröffentlicht sieben Richtigstellungen zu den teilweise irreführenden Stellungnahmen der Bundesregierung zur „Mindestsicherung neu“. Diese versuche bewusst die Bevölkerung in die Irre zu führen, doch die Menschen in Österreich hätten das Recht über das wahre Ausmaß der Kürzungen informiert zu werden, so SOS Mitmensch

Dezember

03. Dezember 2018 SOS Mitmensch übt Kritik am neuen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Mindestsicherung. Die in der Mindestsicherungs-Vereinbarung von 2010 beschlossenen sozialen Mindeststandards, die ein Minimum an Menschenwürde gewährleisten sollten und von keinem Bundesland unterschritten werden durften, kommen im neuen Entwurf gar nicht mehr vor. Stattdessen gäbe es nur mehr Höchstsätze pro Person und Monat, welche von den Länder-Regierungen nicht überschritten werden dürfen, nach unten jedoch offen seien. Laut SOS Mitmensch drohe durch die geplanten Änderungen ein Kürzungswettbewerb zwischen den Bundesländern, in dem sich die Sozialhilfeniveaus von Land zu Land unterschiedlich ausprägen würden. Auch der Begriff „Mindestsicherung“ werde im Entwurf der Türkis-Blauen Regierung nicht mehr verwendet, sondern es sei wie vor 2010 wieder die Rede von „Sozialhilfe“.

04. Dezember 2018 SOS Mitmensch fordert die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner erneut dazu auf, den Freiheitlichen Gottfried Waldhäusl von seiner Funktion als Landesrat für Asyl- und Integration abzuziehen. Dieser habe durch zahlreiche Aussagen und der Verbreitung von Falschmeldungen deutlich gezeigt, dass er weder geeignet noch gewillt ist mit den Asyl- und Integrationsagenden verantwortungsvoll umzugehen. SOS Mitmensch kritisiert außerdem, dass der FPÖ-Politiker, der mehrfach integrationsfeindliche Äußerungen getätigt hat, überhaupt erst in ein Amt berufen wurde, das für Asyl- und Integrationsfragen zuständig ist.

04. Dezember 2018 SOS Mitmensch übt via Facebook Kritik an dem Regierungsbeschluss, dass die Politikergehälter um zwei Prozent steigen sollen. Es sei beschämend, dass genug Geld im Bundesbudget vorhanden ist, um das Einkommen der PolitikerInnen zu erhöhen, doch gleichzeitig bei Bedürftigen massive Kürzungen stattfinden sollen.

06. Dezember 2018 Gemeinsam mit zahlreichen Prominenten mobilisiert SOS Mitmensch gegen die geplante Kürzung der Mindestsicherung. Zu den Persönlichkeiten, die die Protestaktion von SOS Mitmensch unterstützen gehören unter anderem Karl Markovics, Pia Hierzegger, Erwin Steinhauer, Kathrin Resetarits, Nadja Maleh und Lukas Resetarits.

17. Dezember 2018 SOS Mitmensch erstattet Anzeige wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung gegen den Grazer FPÖ-Politiker und ehemaligen Chefredakteur der „Aula“ Martin Pfeiffer. Zusätzlich wurde der Staatsanwaltschaft Graz eine 300-seitige Sachverhaltsdarstellung mit umfangreichem Belegmaterial über „Aula“-Beiträge der letzten zehn Jahre übermittelt. Diese zeigen, dass in der Zeitschrift systematisch neonazistisches und rassistisches Gedankengut verbreitet wird. Unter anderem durch das Propagieren von Antisemitismus und Herrenrassendenken, die Verteidigung von Holocaust-Leugnern und Neonazis, die Verehrung von Nazikämpfern und die Verwendung von nationalsozialistischem Vokabular, die Verunglimpfung von KZ-Überlebenden und die regelmäßige Bewerbung von antisemitischer und geschichtsrevisionsistischer Literatur.

SOS Mitmensch fordert die Staatsanwaltschaft Graz dazu auf, das Dossier eingehend zu begutachten und dem Verdacht der Wiederbetätigung gewissenhaft nachzugehen. Da Pfeiffer weiterhin als FPÖ-Bezirkspolitiker tätig ist und auch regelmäßig Kolumnen für ein anderes neonazistisches Magazin, die „Info direkt“, schreibt, ist die Anzeige von großer Bedeutung.